

Factsheet

Erasmus+: Die Schweiz ist nicht in Erasmus?!

Während die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative im Parlament diskutiert wurde, kommunizierte der Bundesrat bei jeder Gelegenheit, dass die Mitgliedschaft in Erasmus+ eine Priorität sei. Sobald die Masseneinwanderungsinitiative in einer mit der Personenfreizügigkeit verträglichen Weise umgesetzt sei, werde sich die Schweiz wieder um eine Mitgliedschaft in Erasmus+ bemühen. Zuletzt tat er dies im Herbst bei der Verlängerung der Übergangslösung für das Jahr 2017 und in der BFI-Botschaft 2017-2020 (Rahmenkredit für den Bildungs- und Forschungsbereich für die Periode 2017-2020). Am 4. Februar berichteten die Medien jedoch, dass der Bund keine Verhandlungen mit der EU über eine Erasmus+-Mitgliedschaft der Schweiz führt, da man die Erfolgsaussichten als zu klein eingeschätzt. Dies, obwohl sowohl die Europäische Kommission als auch der Rat der EU (Rat der Minister der Mitgliedsländer) Statements veröffentlicht haben, dass die Verhandlungen über Erasmus+ von Seiten der EU nun wieder offen wären.

I Was ist Erasmus+

Erasmus+ ist das Rahmenprogramm der EU im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung der Jugend und des Sports für die Periode 2014-2020. In Erasmus+ sind alle vormals unabhängigen Programme zusammengefasst (Tertiärbildung, berufliche Grundbildung, Erwachsenenbildung, Schule, ausserschulische Jugendarbeit und Sport). Neben der bekannten Lernenden-Mobilität, fallen auch die Mobilität für Lehrende sowie Kooperationsprojekte und Projekte zur Umsetzung von politischen Reformen unter dieses Programm. Dabei wird ein Schwerpunkt bei der Schnittstelle zwischen Bildung und Arbeitswelt und bei der Berufsbildung gesetzt. Bei den Vorgängerprogrammen von Erasmus+ (Programm für Lebenslanges Lernen und Jugend in Aktion) war die Schweiz von 2011 bis 2013 als Vollmitglied mit dabei. Nachdem das Schweizer Stimmvolk aber am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen hat, suspendierte die EU die Verhandlungen über eine Mitgliedschaft der Schweiz in Erasmus+.

II Was ist die Übergangslösung?

Nachdem die Schweiz 2014 von Erasmus+ ausgeschlossen wurde, hat der Bundesrat eine Übergangslösung für Erasmus+ eingerichtet. Dabei bezahlt die Schweiz, anders als bei Erasmus+, sowohl für die Studierenden, die aus der Schweiz in ein anderes europäisches Land in den Austausch gehen, als auch für die Studierenden, die aus dem Ausland in die Schweiz kommen. Die Übergangslösung wird auf Tertiärstufe als Swiss European Mobility Programme (SEMP) bezeichnet. Obwohl auch im kleinen Umfang finanzielle Mittel für Kooperationsprojekte von Schweizer Organisationen vorgesehen sind, liegen der Fokus und die Priorisierung des Bundesrates sehr stark bei der Mobilität.

III Wieso ist die Übergangslösung kein Ersatz für Erasmus+

Für die Hochschulen ist die Übergangslösung für Erasmus+ mit grossem administrativem Aufwand verbunden, da mit jeder Hochschule ein individuelles Austauschabkommen ausgehandelt werden muss. Zudem sind Schweizer Bildungsinstitute, obwohl in der Übergangslösung dafür Geld vorgesehen wäre, von Kooperationsprojekten de facto ausgeschlossen. Deshalb ist die Mitgliedschaft bei Erasmus+ auch für die Hochschulen selbst sehr wichtig.

Manche ausländischen Hochschulen wollen überhaupt keine Austauschabkommen im Rahmen der Übergangslösung mit Schweizer Hochschulen abschliessen. Andere Hochschulen haben die Kontingente für Studierende aus der Schweiz stark gesenkt und bieten neu zum Beispiel nur noch fünf, statt wie früher zwanzig Plätze an. Dadurch wird die Auswahl für Studierende aus der Schweiz stark verkleinert. Trotzdem war es bisher meist möglich, den Studierenden, die aufgrund der kleineren Kontingente keinen Platz an ihrer Wunschhochschule fanden, einen anderen Platz zu vermitteln. Wie es in Zukunft aussehen wird ist jedoch unklar. Es gibt aber deutliche Hinweise darauf, dass ohne eine Mitgliedschaft in Erasmus+ (bzw. ab 2021 dem Nachfolgeprogramm) kein Wachstum der Mobilität mehr möglich sein wird.

Hinzu kommt, dass die Nichtmitgliedschaft bei Erasmus+ zu grossen Unsicherheiten führt. Die Austauschabkommen müssen dieses Jahr erneuert werden. Sollte sich die Schweiz dauerhaft von Erasmus+ und dem Nachfolgeprogramm verabschieden, könnten die Einschränkungen für die Mobilität von Studierenden aus der Schweiz noch viel grösser werden. Es gibt auch heute schon konkrete Teile des Erasmus+-Programms, von denen Studierende aus der Schweiz ausgeschlossen sind. Hervorzuheben wären hier die Online-Sprachkurse, für die die Schweizer Übergangslösung (SEMP) keine Alternative bietet. Es ist damit zu rechnen, dass die Schweiz mit der Zeit von weiteren wichtigen Aspekten ausgeschlossen wird, falls sie bei Erasmus+ nicht wieder Mitglied wird.

Was die Kooperationsprojekte angeht, sind Schweizer Organisationen, obwohl im SEMP dafür Geld vorgesehen wäre, de facto ausgeschlossen, da die administrativen Hürden zu hoch sind. Dadurch können sich Schweizer Bildungsinstitutionen und Jugendverbände nicht an internationalen Kooperationsprojekten beteiligen. Dies ist einerseits für die internationale Vernetzung schädlich, andererseits wird auch verhindert, dass die Schweiz ihre Stärken etwa in der Berufsbildung in Europa einbringen kann.

IV Perspektive für die Verhandlungen

Erasmus+ ist auf die Periode 2014-2020 begrenzt. Für die folgende Periode 2021-2027 wird es ein Nachfolgeprogramm von Erasmus+ geben. Der Bund und viele andere Akteure sprechen im Moment davon, dass sie zwar bei Erasmus+ mehr nicht über eine Mitgliedschaft verhandeln, im Nachfolgeprogramm aber von Anfang an dabei sein wollen. Dieses Programm ist wie alle EU-Rahmenprogramme an den mehrjährigen Finanzplan der EU geknüpft (MFF 2021 - 2027). Die EU wird deshalb voraussichtlich nicht über eine Teilnahme der Schweiz im Nachfolgeprogramm verhandeln, bevor nicht die EU-Institutionen den MFF 2021 – 2027 verabschiedet haben. Das heisst im Klartext, dass die EU voraussichtlich die Verhandlungen erst im Herbst 2020 eröffnen wird. Das ist sehr wenig Zeit. Gerade wenn man die bisherigen Verhandlungen betrachtet, sind die Chancen der Schweiz, im Nachfolgeprogramm von Anfang an dabei zu sein, viel grösser, wenn sie vorher bereits Mitglied bei Erasmus+ ist, sei es auch nur für ein oder zwei Jahre.

Die Verhandlungen werden sich in erster Linie darum drehen, mit wie viel Geld sich die Schweiz beteiligen muss. Die EU verlangte 2013 von der Schweiz, dass sie sich analog zu den EWR-Staaten (Norwegen, Island, Lichtenstein) entsprechend ihres BIPs am Programm beteiligt. Die Schweiz beharrte darauf, dass sie weniger als das bezahlen will. Pikant ist, dass die Schweiz beim Forschungsrahmenabkommen Horizon2020 eben diese Bedingungen akzeptiert. Der Grund, wieso die Schweiz ab diesem Jahr wieder bei Horizon2020 dabei ist, bei Erasmus+ aber nicht, ist, dass die Schweiz bei Horizon2020 nie wirklich über ihren Beitrag verhandelt hat, sondern von Anfang an die Bedingungen, die für die EWR-Staaten gelten, akzeptiert hat. Gerade auch im Kontext des Brexits kann nicht unbedingt damit gerechnet werden, dass die EU der Schweiz hier weit entgegenkommt. Würden die Programme für Forschung und Bildung als Einheit betrachtet, würden unsere Chancen wieder Mitglied bei Erasmus+ zu werden, viel grösser werden.